

A7 Bezahlbares Wohnen ist Menschenrecht

Antragsteller*in: Jan Halbauer

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

- 1 Bezahlbares Wohnen muss im Landkreis Fürstfeldbruck konsequent gefördert
- 2 werden. Wir dürfen Wohnraum nicht den Kräften des Marktes überlassen. Gerade in
- 3 den Städten des Landkreises explodieren Mieten und Bodenpreise. Wir brauchen
- 4 wirksame politische Maßnahmen, um dem entgegenzusteuern. Genossenschaften und
- 5 alternative Wohnformen müssen viel stärker unterstützt werden.
- 6 Grundstücksspekulationen müssen in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen des
- 7 Landkreises durch eine zukunftsfähige Bodenpolitik beendet werden.
- 8 Konzeptausschreibungen, die nicht ausschließlich auf den maximalen Verkaufserlös
- 9 kommunaler Grundstücke fixiert sind, sind zu bevorzugen.

- 10 Die zukünftige kommunale Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises muss mit
- 11 ausreichend Mitteln und Grundstücken versorgt werden, damit sie bereits in naher
- 12 Zukunft bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen kann.

A9 Kultur für jede*n

Antragsteller*in: Christina Claus, Rike Schiele

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Eine vielfältige, lebhafte und bunte Kultur liefert unserer Gesellschaft
2 wichtige Impulse. Grüne Kulturpolitik fördert nicht nur etablierte Kultur
3 (Theater, Orchester, Museen), sondern auch viele Formen der Kleinkunst und
4 Subkultur. Die offene und demokratische Gesellschaft lebt nicht zuletzt durch
5 kulturelle Vielfalt und künstlerische Freiheit. Um allen Menschen den Zugang zu
6 kultureller Bildung zu ermöglichen, soll diese fester Bestandteil im Alltag
7 aller Bildungseinrichtungen und Lernorte in unserem Landkreis werden.

8 Unser Landkreis bietet eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und
9 engagierten Kulturschaffenden. Es ist Ziel unserer Politik, das kulturelle Leben
10 in Theatersälen, Museen, Galerien und Ateliers, Kirchen, Clubs, Kneipen und
11 Musikschulen zu unterstützen und zu vernetzen. Dazu hat unsere grüne
12 Kreiskulturreferentin über Jahrzehnte beigetragen, nicht zuletzt durch die von
13 ihr initiierten Kreiskulturtag. Um die Vernetzung zu intensivieren, fordern wir
14 GRÜNE, dass die – vom Regionalbeirat längst beschlossene - Kulturplattform im
15 Internet endlich realisiert wird.

16 Kultur für JEDE*N

17 In unserem Landkreis leben sehr viele Menschen unterschiedlicher Herkunft, die
18 mit ihren Traditionen, ihrer Musik und heimatlichen Küche unser kulturelles
19 Leben bereichern. Um dies sichtbar zu machen, setzen wir uns für
20 kulturübergreifende Plattformen ein; nicht nur im klassischen Kulturbereich, wie
21 etwa Musik und Kunst, sondern beispielsweise auch in Begegnungsstätten wie
22 interkulturellen Gärten.

23 Die Teilnahme am kulturellen Leben ist essentiell und darf nicht vom Geldbeutel
24 abhängen. Deshalb setzen wir uns für freien Eintritt in Kultureinrichtungen des
25 Landkreises für Menschen mit geringem Einkommen ein.

26 Kulturelle Bildung

27 Eine wichtige Rolle bei der kulturellen Bildung spielen Musik- und Kunstschulen.
28 Gerade auf dem Weg zum Erwachsenwerden bedarf es einer offenen und kritischen
29 Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Die angemessene Bezahlung von Personal
30 und Honorarkräften betrachten wir als Selbstverständlichkeit. Wir bedauern, dass
31 so wertvolle Initiativen, wie beispielsweise die „Schule der Phantasie“ in
32 unserem Landkreis mangels Unterstützung gescheitert sind und werden einen neuen
33 Anlauf nach Kräften fördern. Wir freuen uns über die zunehmenden Kooperationen
34 von Kulturschaffenden mit Schulen (z.B. JEKI (Jedem Kind ein Instrument) da die
35 die kulturelle Bildung in den Lehrplänen unserer Schulen meistens zu kurz kommt.

36 Kulturförderung

37 Die berufliche Existenz vieler Kulturschaffender ist prekär. Viele Künstler
38 finden keine bezahlbaren Ateliers, Proberäume, Werkstätten und Spielstätten.
39 Darunter leidet auch die Kulturszene im Landkreis. Wir treten dafür ein, dass
40 die Kommunen (Frei-) Raum für Kunstschaffende, Freie Szene und Soziokultur

41 bereitstellen und öffentliche Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und
42 Aufführungshonorare für die freie Kunst und Kreativszene bezahlen.

43 Erinnerungskultur

44 Wir sehen uns in der politischen Verantwortung, Konsequenzen aus unserer
45 wechselvollen Geschichte zu ziehen. Gerade angesichts zunehmender
46 nationalistischer und rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft kommt den
47 Gedenkstätten eine wichtige aufklärende und demokratiefördernde Funktion zu. Die
48 Erinnerungsorte an die Gräueltaten des Nationalsozialismus und dem Olympiaattentat
49 von 1972 sowie die damit verbundene Bildungsarbeit werden wir weiter fördern und
50 unterstützen.

51 Geschichte und regionale Identität

52 Kreativität und Aufgeschlossenheit für Neues steht für uns GRÜNE nicht im
53 Widerspruch zur Wertschätzung von Geschichte und Tradition. Unsere Bau- Boden-
54 und Kunstdenkmäler sehen wir als wichtige Zeugen der vielfältigen Geschichte
55 unseres Landkreises Fürstentum Bruck. Sie stiften kulturelle Identität und
56 Verbundenheit mit der Region. Deshalb werden wir uns weiterhin für die
57 finanzielle und ideelle Förderung fachgerechter Erhaltung, Sanierung, sowie der
58 Forschung unserer ... einsetzen.

59 Regionale Identität manifestiert sich nicht zuletzt in der Sprache. Leider lässt
60 sich beobachten, dass regionale Dialekte aus dem täglichen Leben verschwinden.
61 Das finden wir schade, denn es führt zur Verarmung der Sprachvielfalt. Mundart
62 schafft bei ihren Sprechern Zusammengehörigkeitsgefühl und emotionale Nähe,
63 argumentieren Sprachforscher. Und Kinder, die neben der Hochsprache einen
64 Dialekt lernen, trainieren damit sogar ihre kognitiven Fähigkeiten. Wir GRÜNE
65 unterstützen deshalb spezielle Mundartangebote an Kindertageseinrichtungen und
66 Schulen, wie etwa Lieder, Geschichten, Kasperl- und Mitmachtheater.

67 Jugendkultur

68 Viele Jugendliche und junge Erwachsene finden ihren Zugang zur Kultur außerhalb
69 der klassischen Kultureinrichtungen und bevorzugen stattdessen Events in
70 Kneipen, Bars und Clubs. Weil das auch für junge Menschen im ländlichen Raum
71 gilt, ist es uns wichtig auch dort Jugendclubs zu erhalten und deren
72 Kulturangebot aufzuwerten, etwa mit Bandauftritten, Poetry Slam, Ausstellungen
73 und Workshops. Gerade so genannte non-kommerzielle Projekte sollen in unserem
74 Landkreis genügend Räume und Hilfestellung bekommen. Wichtig ist uns, dass der
75 öffentliche Nahverkehr den Bedürfnissen der jugendlichen Kulturinteressierten
76 angepasst wird, also auch abends und nachts regelmäßig anbietet.

A10 Jugendhilfe

Antragsteller*in: Daniel Holmer

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Die Entwicklung unseres Landkreises darf nicht über die Köpfe der Bürgerinnen
2 und Bürger hinweg geplant werden. Ebenso gilt es, die Belange der jungen
3 Generation zu berücksichtigen. Nur so ist es möglich, dass sich junge Menschen
4 mit ihrem Landkreis identifizieren und die Weichen für eine zukunftsorientierte
5 Entwicklung gestellt werden. Die Schaffung des landkreisweiten Jugendkreistags
6 begrüßen wir, fordern aber eine kritische Analyse der konkreten Ausgestaltung.

7 Zudem fordern wir, dass Jugendliche ab 16 Jahren auf kommunaler Ebene wählen
8 können. Politik zulasten der jungen Generation lehnen wir ab. Wir wollen echte
9 Jugendbeteiligung auf allen Ebenen - sowohl vor Ort als auch Online. Uns ist
10 wichtig, dass Jugendliche ihre Bedürfnisse artikulieren und ihren Anliegen Gehör
11 verschaffen können und damit die Möglichkeit haben, ihre Zukunftsvisionen zu
12 formulieren und umzusetzen.

13 Im Rahmen der Jugendhilfe des Landkreises setzen wir auf präventive Maßnahmen
14 statt teurer Resozialisierungsmaßnahmen in problematischen Fällen. Der Ansatz
15 des Jugendamts hinsichtlich der präventiven Maßnahmen ist auszubauen. Auch
16 geflüchteten Kindern sind die Maßnahmen der Jugendhilfe offen zu halten.

Unterstützer*innen

Manuel Eberhardt (KV Fürstenfeldbruck)

A12 Integration - Alle gehören dazu

Antragsteller*in: Rike Schiele, Christian Huber

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Damit die Integration von Migrant*innen gelingt, kommt es entscheidend darauf
2 an, dass in unserem Landkreis die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Wir
3 setzen auf dezentrale Unterbringung, um Geflüchtete in einem guten
4 nachbarschaftlichen Umfeld zu integrieren. Ankerzentren, wie sie in
5 Fürstfeldbruck betrieben werden, lehnen wir strikt ab. Viele der Geflüchteten
6 sind durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg schwer
7 traumatisiert. Die Unterbringung in Massenunterkünften führt zu enormen
8 psychischen Belastungen, schwerwiegenden Retraumatisierungen und der
9 Verfestigung psychischer und seelischer Erkrankungen.

10 Diskriminierung und Gewalt sind ein strukturelles Problem der Massenunterkünfte.
11 Je größer die Einrichtung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von
12 gewalttätigen Übergriffen. Anonymität, mangelnde Privat- und Intimsphäre,
13 fehlende Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten, keine abschließbaren Sanitär- und
14 Schlafräume, die gemeinsame Nutzung von Zimmern mit Fremden ist Bestandteil des
15 Lebens in die ANKER-Einrichtungen. Zudem führen der hohe Geräuschpegel, der
16 Mangel an Tagesstruktur und Beschäftigung, die Kasernierung und Isolierung von
17 der Gesellschaft, eingeschränkte Rechte und die kontinuierliche Kontrolle der
18 Privaträume zu Aggression und Stress. Daraus ergibt sich oftmals ein
19 schrittweiser Verlust von Würde und Autonomie und vor allem
20 Perspektivlosigkeit. Durch Überwachung, massive Kontrollen, Besuchsverbote und
21 Stacheldrahtzäune werden Geflüchtete kriminalisiert. Die Abschottung hat zu
22 Folge, dass den Bewohner*innen der wichtige Kontakt zur Bevölkerung, zu
23 Unterstützer*innen und Beratungsangeboten versperrt bleibt. Diese
24 Vorgehensweisen lehnen wir rigoros ab. Wir unterstützen die Arbeit der Beiräte
25 für Migration und Integration als wichtige kommunale Beteiligungs- und
26 Selbstvertretungsgremien und die Arbeit der kommunalen Integrationsbeauftragten
27 in unserem Landkreis. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Leitlinien zur
28 Integration und gesamtheitliche Integrationskonzepte entwickelt
29 werden. Integration findet vor Ort statt – für uns zählt dabei Verbindendes,
30 nicht Trennendes. Wir setzen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis,
31 Kommunen, Ehrenamtlichen, Integrationsbeiräten und sozialen Organisationen.

32 Wir GRÜNE wissen um die politischen Herausforderung der Integration. Wir sehen
33 aber auch die damit verbundenen Chancen und nutzen Potenziale. Deshalb fordern
34 wir auch weiterhin gerade in unserem Landkreis Fürstfeldbruck eine
35 menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, die auf die Möglichkeit zu einem
36 fairen Verfahren, Stärkung der Potenziale und Integration und Teilhabe von
37 Anfang an abzielt. Die Asylsuchenden müssen von Anfang an in ihrer Autonomie
38 bestärkt werden, ihr Leben in der Aufnahmegesellschaft selbst zu gestalten. Aus
39 diesem Grund gilt es in allen Lebensbereichen – von den Bildungseinrichtungen
40 über den Arbeits- und Wohnungsmarkt bis hinein in den Bereich der Kultur, der
41 Medien, der Vereine und des Sports – Zugangs-, Teilhabe- und
42 Mitwirkungsmöglichkeiten für alle hier lebenden Menschen zu eröffnen. Wir GRÜNE
43 fordern ausdrücklich, dass das Bundesrecht, nämlich das Recht auf Arbeit für
44 Flüchtlinge nach Ablauf von 3 Monaten Aufenthalt in Deutschland, konsequent und

45 ohne Umwege in unserem Landkreis umgesetzt wird. Darüber hinaus muss die 3+2
46 Regelung endlich Berücksichtigung finden, was auch von zahlreichen
47 Ausbildungsbetrieben immer wieder angemahnt und gefordert wird. Gerade bei
48 Asylsuchenden, die an ihrer Identitätsklärung mitwirken und sich erkennbar um
49 Arbeit bemühen, ist die Ausbildungs- bzw. Arbeitserlaubnis - unabhängig vom
50 Aufenthaltsstatus - nicht zu verwehren. Die Praxis zeigt, dass Asylsuchende, die
51 einen negativen Bescheid auf ihre Asylanfrage erhalten, nicht zwangsweise gleich
52 abgeschoben werden. Viele Verfahren dauern über Jahre bevor die Abschiebungen in
53 der Praxis vollzogen werden. Diese Menschen ohne Arbeitserlaubnis in den
54 Asylbewerberheimen ohne Aufgabe zu lassen belastet in jeglicher Hinsicht unnötig
55 den Steuerzahler. Für alle Beteiligten haben Ausbildungs- und Arbeitserlaubnisse
56 viele Vorteile.

57 Sowohl für die hier lebenden, als auch für die Geflüchteten, selbst wenn es in
58 Einzelfällen nur eine Art von "Integration und Verdienstmöglichkeit auf Zeit"
59 darstellt.

60 Wir GRÜNE sprechen uns klar und deutlich gegen Abschiebungen nach Afghanistan
61 aus.

A19 Sport

Antragsteller*in: Daniel Holmer

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

- 1 Breitensport in seinen vielfältigen Ausprägungen stellt ein wichtiges
- 2 Betätigungsfeld für große Teile unserer Gesellschaft dar. Neben dem reinen Spaß
- 3 an der Bewegung und der Wettkampftätigkeit hat die sportliche Betätigung auch
- 4 weitere gesellschaftsrelevante Funktion zur Erhaltung der Gesundheit sowie der
- 5 sozialen Integration und dem Erlernen sozialer Verhaltensweisen.
- 6 Schaffung von geeigneten Sportstätten
- 7 Insbesondere im unteren und mittleren Leistungsbereich muss Sport Förderung
- 8 erfahren, um insbesondere Kinder und Jugendlichen adäquate Spiel- und
- 9 Trainingsmöglichkeiten zu verschaffen. Punktuell ist selbstverständlich auch
- 10 eine Förderung im oberen Leistungsbereich sinnvoll und wünschenswert. Hier
- 11 sollte aber immer die oberste Prämisse sein, dass hierdurch keine Mittel für den
- 12 unteren und mittleren Leistungsbereich wegfallen
- 13 Unabhängig von der konkreten Nutzung ist der Landkreis als Sachaufwandsträger
- 14 für die Instandhaltung diverser Infrastruktureinrichtungen im Sport
- 15 verantwortlich. Die bestehenden Anlagen müssen so erhalten werden, dass sie den
- 16 Ansprüchen der Sportler und Sportlerinnen genügen. Dabei ist zu überprüfen, in
- 17 wie weit sich die aktuellen Belegungen landkreiseigener Sportstätten optimieren
- 18 und insbesondere erweitern lassen könnten. Bürokratische Hindernisse dürfen
- 19 nicht zu Leerständen führen!
- 20 Kooperationen mit den Kommunen
- 21 Darüber hinaus sollte der Landkreis in Kooperation mit den Kommunen vor Ort auch
- 22 Betätigungsmöglichkeiten für IndividualsportlerInnen vorantreiben. Trimm-Dich-
- 23 Pfade oder Wanderwege sind auch in größerem Stil und gemeindeübergreifend
- 24 wichtig

A20 Inklusion - lasst uns die Barrieren abbauen

Antragsteller*in: Gina Merkl

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Jeder Mensch ist einzigartig. In dieser Vielfalt von Talenten, Fähigkeiten,
2 Erfahrungen und Zielen liegt die Stärke unserer Gesellschaft. Wir müssen allen
3 Menschen die Chance geben, ihr Leben inmitten der Gesellschaft selbst zu
4 gestalten, egal ob sie mit einer dauerhaften, einer vorübergehenden oder keiner
5 Behinderung leben. Grundlage unseres Handelns ist die UN-
6 Behindertenrechtskonvention.

7 Inklusion von Anfang an ist unser Ziel. Deshalb haben Menschen mit Behinderung
8 in allen Lebensphasen ein Recht auf unabhängige Beratung, auf Assistenz und auf
9 Hilfsmittel. Wir wollen dafür sorgen, dass ihre Ansprüche auf Unterstützung
10 umfassend, zuverlässig und unbürokratisch erfüllt werden.

11 Entscheidend für eine inklusive Gesellschaft ist die Selbstverständlichkeit, mit
12 der Kinder gemeinsam heranwachsen, denn das verhindert, dass Barrieren im Denken
13 und im täglichen Miteinander überhaupt entstehen. Inklusive Kitas und
14 Weiterbildungen für das pädagogische Personal sind dafür notwendig. Wir wollen
15 den Besuch der Schule vor Ort für Kinder mit Beeinträchtigungen erleichtern.
16 Dafür wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um alle Schulgebäude barrierefrei
17 zu machen; wir wollen für eine ausreichende Anzahl an Lehr- und Fachkräften
18 sorgen, den mobilen sonderpädagogischen Dienst ausbauen und Projekte zur
19 medizinischen Unterstützung an Schulen für Kinder mit und ohne Behinderungen
20 durch Schulgesundheitspfleger*innen fördern. Wir wollen dafür sorgen, dass
21 Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen wird. Wir
22 wollen die Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten Menschen
23 verbessern. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Lern- und
24 Studienbedingungen an Schulen und Universitäten für Lernende und Studierende mit
25 Beeinträchtigung zu verbessern. Neben der Bildung ist Barrierefreiheit im
26 öffentlichen Raum Grundvoraussetzung zur Verwirklichung von Inklusion und
27 Teilhabe. Der Nahverkehr, öffentliche Einrichtungen und Gebäude, Plätze und
28 Straßen müssen endlich barrierefrei werden. Dabei geht es nicht nur um den Abbau
29 baulicher, sondern auch um weniger kommunikative oder soziale Barrieren. Deshalb
30 ist uns die Beteiligung von Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener
31 Sache besonders wichtig. Wir fordern daher die Einrichtung einer
32 Landesfachstelle für Barrierefreiheit, die sich aus Betroffenen und Verbänden
33 zusammensetzt.

34 Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe.
35 Deshalb wollen wir die finanzielle Ausbeutung in Behindertenwerkstätten endlich
36 beenden und Menschen mit Behinderung bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt
37 ermöglichen. Gemeinsam mit Bayerischen Unternehmer*innen wollen wir dazu
38 Initiativen und Modellprojekte planen. Den öffentlichen Dienst wollen wir zum
39 Vorbild für Inklusion im Arbeitsleben machen.

40 Zu einem selbstbestimmten Leben gehört die freie Wahl der Wohnform und des
41 Aufenthaltsortes. Daher muss es mehr Alternativen zur Heimunterbringung geben.

- 42 Wir wollen barrierefreie Wohnungen und inklusive Wohnkonzepte fördern, damit in
43 Bayern auch Menschen mit Behinderung so leben können, wie sie es wollen.
- 44 Viele Tausend Menschen in Bayern sind alleine wegen ihrer Behinderung vom
45 Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist ein besonders krasser Verstoß gegen die UN-
46 Behindertenrechtskonvention und widerspricht jeder Idee einer inklusiven
47 Gesellschaft. Wir wollen diese Beschränkung abschaffen und fordern ein Wahlrecht
48 für alle – ohne Diskriminierung!

A21 Sparkasse Fürstenfeldbruck – Wichtige Fragen zu Einrichtungen des Landkreises gehören auch in den Kreistag, Sparkassen sind keine privaten Geschäftsbanken

Antragsteller*in: Martin Runge

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Die Stadt und der Landkreis Fürstenfeldbruck sind zu gleichen Teilen Träger der
2 Sparkasse Fürstenfeldbruck. Mit einer Bilanzsumme von gut dreieinhalb Milliarden
3 Euro und noch 25 Geschäftsstellen gehört die Kreis- und Stadtparkasse
4 Fürstenfeldbruck zu den größeren der bayerischen Sparkassen.

5 Sparkassen sind öffentliche Einrichtungen, sie haben einen öffentlichen Auftrag
6 und sind somit dem Gemeinwohl verpflichtet. Gesetzliche Aufgabe von Sparkassen
7 ist es, der Versorgung der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft mit geld-
8 und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu dienen und das Sparen und die
9 allgemeine Vermögensbildung zu fördern. Auch haben sie die Aufgabenerfüllung der
10 Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen
11 Bereich zu unterstützen. Deziidiert genannt im Sparkassengesetz ist zudem „die
12 Berücksichtigung“ „der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise“.

13 Entscheidungen in und zu Sparkassen passen allerdings so gar nicht zum Status
14 der öffentlichen Einrichtung und zum öffentlichen Auftrag. Selbst so
15 grundsätzliche Sachverhalte wie Fragen zur strategischen Ausrichtung, zu
16 Eröffnung oder Schließen von Geschäftsstellen oder zur möglichen Ausschüttung
17 von Gewinnen an ihre kommunalen Träger werden allein im Verwaltungsrat in
18 nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und entscheiden.

19 Bei der anvisierten Fusion der drei Sparkassen Fürstenfeldbruck, Dachau und
20 Landsberg, von uns zuerst intensiv und kritisch hinterfragt und dann mit guten
21 Argumenten abgelehnt, sollte die Entscheidung von Kreistag und Stadtrat auf ein
22 Abnicken oder Verneinen beschränkt sein. Wir haben wesentlich mit dazu
23 beigetragen, dass es dann doch eine intensive Debatte gegeben hat, dass Ziele
24 und Strategien, Chancen und Risiken, Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses
25 diskutiert wurden. Insbesondere haben wir immer wieder kritisch nachgefragt, was
26 eine Fusion für die Anzahl der künftigen Geschäftsstellen und die
27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse und nicht zuletzt für ihre Kunden
28 bedeuten würde. So werden wir dies auch bei künftigen Vorhaben zu
29 Zusammenschlüssen oder zu anderen vermeintlichen Rationalisierungsmaßnahmen
30 handhaben.

31 Ganz grundsätzlich gilt es, Kreistag und Stadtrat mehr in die
32 Entscheidungsfindung zu wichtigen sparkassenpolitischen Fragen einzubinden. Auf
33 Staatsregierung und Bayerischen Landtag muss deshalb eingewirkt werden, dass die
34 einschlägigen gesetzlichen Restriktionen für eine Beteiligung der kommunalen
35 Gremien geändert werden.

36 Nicht zuletzt ist zu hinterfragen, ob nicht ein Teil der immer noch reichlich
37 vorhandenen Überschüsse der Sparkasse an die beiden Träger Stadt und Landkreis
38 Fürstenfeldbruck ausgeschüttet werden soll.

A22 Den demographischen Wandel aktiv gestalten

Antragsteller*in: Daniel Holmer

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

- 1 Auch der Landkreis Fürstfeldbruck muss sich den Herausforderungen des
- 2 demographischen Wandels stellen. Wir GRÜNE setzen uns ein für Wohnprojekte wie
- 3 Mehrgenerationenwohnen und für Quartier bezogene Wohnformen, bei denen das
- 4 Miteinander und die gegenseitige Unterstützung gelebt werden. Das „Betreute
- 5 Wohnen zu Hause“ muss ausgebaut werden. Alte Menschen dürfen nicht an den
- 6 Ortsrand abgeschoben werden.
- 7 Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) soll die Mobilität von Seniorinnen und
- 8 Senioren ermöglichen. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist für uns
- 9 selbstverständlich.
- 10 Soweit wie möglich, sollten Seniorinnen und Senioren selbstbestimmt über Ihre
- 11 Wohn- und Lebenssituation entscheiden können. Unterstützende Angebote des
- 12 Landkreises sind daher auszubauen.

Unterstützer*innen

Manuel Eberhardt (KV Fürstfeldbruck)

A25 A 22

Antragsteller*in: Hartmut Hombach
Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

- 1 Neuer Text: Seniorinnen und Senioren sollen selbstbestimmt über Ihre
- 2 Wohn- und Lebenssituation entscheiden können. Unterstützende Angebote des
- 3 Landkreises sind daher auszubauen.

Unterstützer*innen

Marcel Kunz (Kritisches Mitglied bewusst ohne Funktion)

A26 Fliegerhorst-Konversion – Ein innovativer Stadtteil entsteht: Planen - Verhandeln - Bauen

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 18.10.2019
Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Voraussichtlich im Jahr 2023 wird die Bundeswehr das Fliegerhorst-Gelände auf
2 Fürstenfeldbrucker Flur verlassen haben. Daher gilt es, das knapp 180 Hektar
3 große Gebiet zusammen mit den Bürgern zu überplanen und zu entwickeln, um es
4 dann nach Beendigung der Konversion mit Leben zu füllen. Bei der gewaltigen
5 Fläche handelt es sich um eine einmalige Entwicklungschance für den Landkreis
6 FFB. Das Potenzial für einen neuen und attraktiven Stadtteil mit den Funktionen
7 Wohnen, Arbeiten, Freizeit/Sport und Naturraum im Fürstenfeldbrucker Norden
8 lässt sich nur dann ausschöpfen, wenn entsprechende politischen Zielvorgaben
9 bestehen. Die Instrumente für eine innovative Qualität müssen sinnvoll
10 angewendet werden. Wettbewerbe, Plangutachten, Untersuchungen zur technischen
11 Infrastruktur, städtebauliche und landschaftsplanerische Entwicklungskonzepte,
12 Pilotprojekte, Diskussion zu einer ökologischen Baukultur, ein Gestaltungsbeirat
13 und intensive Bürgerbeteiligung und vieles andere sind die Instrumente, die
14 unter anderem angewendet werden können. Dabei gilt es für uns GRÜNE den
15 Klimaschutz und effektive Energienutzung (Stichwort: Graue Energie angesichts
16 des großen denkmalgeschützten Bestandes) ebenso zu berücksichtigen wie eine
17 gesunde wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit einem zukunftsweisenden
18 Verkehrskonzept. Dazu ist es nötig, dass die Nachbarkommunen eng
19 zusammenarbeiten, dass der historische Satelliten-Ort mit seiner NS-
20 Vergangenheit endlich integraler Bestandteil des Landkreises wird. Als Form der
21 Zusammenarbeit entscheiden wir uns als Grüne für die kommunale
22 Arbeitsgemeinschaft, wie sie in Art. 4 des Gesetzes über Kommunale
23 Zusammenarbeit (KommZG) definiert ist.

24 Die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Ergebnis der Leitbilddiskussion des
25 Landkreises und seiner Kommunen in den Jahren 2015 -2017, bietet wichtige
26 Grundlagen für die Entwicklung des Fliegerhorsts.

27 Nach den Vorstellungen des Stadtrates sollen im Fliegerhorst-Gelände Wohnraum
28 für mehrere tausend Menschen und auch Arbeitsplätze in großer Zahl geschaffen
29 werden. Die künftigen Bürger sollen in einem lebendigen Stadtteil wohnen und
30 auch arbeiten können. Geschäfte, Schulen, Kindergärten, kulturelle Einrichtungen
31 und vieles mehr werden zur Lebendigkeit eines Stadtviertels beitragen. Ein
32 Stadtteil der kurzen Wege und nachhaltige Mobilitätskonzepte (FFB = Fahrrad,
33 Bahn, Bus) werden die Attraktivität des Stadtteils steigern. Die entstehende
34 Qualität eines integrierten urbanen Standorts hebt die Standards für eine
35 qualitätsorientierte Vermarktung.

36 Angesichts des Klimawandels gilt es aber auch Waldflächen und die ökologisch
37 Qualitäten des Naturraums Fliegerhorst mit seinen Biotopen zu erhalten und klug
38 weiterzuentwickeln.

39 Eine kleinteilige Parzellierung von unterschiedlich großen Baugrundstücken für
40 Genossenschaften und Baugruppen, für den geförderten Wohnungsbau und anderen
41 Formen einer spekulationsfernen Wohnungspolitik, nicht zuletzt auch für die

42 landkreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gilt es zu entwickeln. Unterschiedliche
43 wohntypologien (Geschosswohnungsbau, Ein- und Zweifamilienhäuser) und
44 verschiedene Trägermodelle gilt es mit Augenmaß zu mischen, um auf jeden Fall
45 einen relevanten Anteil an kostengünstigem Wohnraum zu schaffen. Der große
46 denkmageschützte Bestand ist als eine Verpflichtung zu verstehen, den NS-
47 Militärflughafen mit seiner kriegerischen Ideologie zu transformieren in einen
48 modernen Ort des gesellschaftlichen Friedens.

49 Ein grüner Landrat wird sein Wissen, sein Verhandlungsgeschick und seine
50 Hartnäckigkeit unterstützend einbringen, um die interkommunale Zusammenarbeit zu
51 verstärken und die besten Ergebnisse für die Bürger und Bürgerinnen des
52 Landkreises zu erreichen.